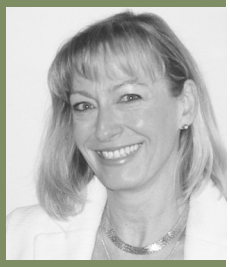
// Im Blickpunkt



Direktmarketing gilt als ein beliebtes und unerlässliches Instrument zur Gewinnung und Etablierung dauerhafter Kundenbeziehungen. Von der Massenwerbung unterscheidet es sich dadurch, dass potenzielle Kunden individuell angesprochen werden können. Zwangsläufig wird hierbei gleichzeitig die Individualsphäre des Kunden berührt. Für Unternehmen, die mit Direktmarketing werben, sind demzufolge insbesondere die Rechtsvorschriften über unzumutbare Belästigungen von besonderer Bedeutung. Auch das E-Mail-Direktmarketing als ein Teilbereich des Direktmarketing unterliegt aus verschiedenen Blickwinkeln rechtlichen Beschränkungen. *Eisenberg* beleuchtet in seinem Beitrag die E-Mail-Werbung gegenüber Bestandskunden ohne vorherige Einwilligung und gibt den Verantwortlichen im Unternehmen einen Leitfaden in die Hand.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

Entscheidungen

EuGH: Regelung über Genehmigung des Erwerbs von Stimmrechten in strategischen Aktiengesellschaften verstößt gegen Niederlassungsfreiheit

Mit Urteil vom 8.11.2012 – C-244/11 – hat der EuGH entschieden: Die griechische Regelung über die vorherige Genehmigung des Erwerbs von Stimmrechten in strategischen Aktiengesellschaften und die nachträgliche Kontrolle von Gesellschaftsbeschlüssen verstößt gegen die Niederlassungsfreiheit. Diese Regelung verleiht der Verwaltung ein Ermessen, das von den Gerichten schwer zu kontrollieren ist und eine Diskriminierungsgefahr mit sich bringt.
(PM EuGH vom 8.11.2012)

BGH: Regelung des Wegfalls eines Anspruchs bei Vertragsabschluss

Mit Urteil vom 18.9.2012 – II ZR 178/10 – hat der BGH entschieden: Wird bei Abschluss eines Vertrages zugleich geregelt, unter welchen Voraussetzungen ein Anspruch wegfällt, der durch diesen Vertrag erst begründet wird, so betrifft diese Regelung nicht die Aufgabe eines zuvor erworbenen Rechts und steht daher einem Verzicht, an dessen Feststellung strenge Anforderungen zu stellen sind (BGH, Urteil vom 15.1.2002 – X ZR 91/00, WM 2002, 822, 824; Urteil vom 7.3.2006 – VI ZR 54/05, BB 2006, 1025, NJW 2006, 1511 Rn. 10), nicht gleich.
Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2012-2957-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Anspruch auf Leistung gegen Treugeber

Der BGH hat mit Urteil vom 18.9.2012 – II ZR 201/10 – entschieden: Der gegen einen Treugeber gerichtete Anspruch auf Leistung der Einlage steht unmittelbar der Gesellschaft zu, wenn der in den Treuhandvertrag einbezogene Gesellschaftsvertrag eine unmittelbare Verpflichtung der Treugeber vorsieht und ihnen im Innenverhältnis die Stellung eines unmittelbaren Gesellschafters einräumt.
Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2012-2957-2 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Wirksamkeit der Abtretung künftiger Gehaltsansprüche vor Insolvenzeröffnung

Der BGH hat mit Urteil vom 20.9.2012 – IX ZR 208/11 – entschieden: Die Abtretung künftiger Gehaltsansprüche vor der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bleibt bis zum Ablauf von zwei Jahren nach dem Ende des Monats der Verfahrenseröffnung auch insoweit wirksam, als die Ansprüche auf einem Dienstverhältnis beruhen, das erst nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens eingegangen worden ist.
Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2012-2957-3 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Anforderungen an die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit eines Schuldners

Der BGH hat mit Urteil vom 25.10.2012 – IX ZR 117/11 – entschieden: Erlangt ein Gläubiger mehrere Monate nach einem von ihm gegen den Schuldner gestellten Insolvenzantrag durch diesen Befriedigung seiner Forderung und nimmt er anschließend den Antrag zurück, kann die Vorsatzanfechtung unter dem Gesichtspunkt einer inkongruenten Deckung durchgreifen. Von einer Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit kann nicht ausgegangen werden, wenn sich der Schuldner durch die Befriedigung seiner gegenwärtigen Gläubiger der Mittel entäußert, die er zur Begleichung seiner künftigen, alsbald fällig werdenden Verbindlichkeiten benötigt.
Volltext des Urteils: // BB-ONLINE BBL2012-2957-4 unter www.betriebs-berater.de

➡ *Vgl. dazu demnächst den Kommentar von Krüger.*

BGH: Zur Haftung von Eltern für illegales Filesharing ihrer minderjährigen Kinder – Morpheus

Der u. a. für das Urheberrecht zuständige I. Zivilsenat des BGH hat mit Urteil vom 15.11.2012 – I ZR 74/12 – entschieden, dass Eltern für das illegale Filesharing eines 13-jährigen Kindes grundsätzlich nicht haften, wenn sie das Kind über das Verbot einer rechtswidrigen Teilnahme an Internettauschbörsen belehrt hatten und keine Anhaltspunkte dafür hatten, dass ihr Kind diesem Verbot zuwiderhandelt. Eine Verpflichtung der Eltern, die Nutzung des Internet durch das Kind zu überwachen, den Computer des Kindes zu überprüfen oder dem Kind den Zugang zum Internet (teilweise) zu versperren, besteht grundsätzlich nicht. Zu derartigen Maßnahmen sind Eltern erst verpflichtet, wenn sie konkrete Anhaltspunkte für eine rechtsverletzende Nutzung des Internetanschlusses durch das Kind haben.
(PM BGH vom 15.11.2012)

➡ *Vgl. dazu demnächst den Kommentar von Drücke in der K&R.*

BGH: Verpflichtung des Netzbetreibers zum Anschluss von Stromerzeugungsanlagen aus Erneuerbaren Energien

Mit Urteil vom 10.10.2012 – VIII ZR 362/11 – hat der BGH entschieden: Die sich aus § 5 Abs. 1 S. 1 EEG 2009 ergebende Verpflichtung des Netzbetreibers, Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien oder Grubengas an sein Netz anzuschließen, besteht auch dann nur für den unter gesamt-wirtschaftlicher Betrachtung günstigsten Verknüpfungspunkt, wenn dieser Verknüpfungspunkt Bestandteil seines eigenen Netzes ist (im Anschluss an BGH, Urteile vom 18.7.2007 – VIII ZR 288/05, WM 2007, 1896; vom 1.10.2008 – VIII ZR 21/07, WM 2009, 184). Der Anlagenbetreiber kann bei der Ausübung seines Wahlrechts nach § 5 Abs. 2 EEG 2009 auch den Verknüpfungspunkt wählen, der die in der Luftlinie kürzeste Entfer-

Ständige Mitarbeiter im Wirtschaftsrecht: Prof. Dr. Dr. Jürgen Ensthaler, Berlin; **Prof. Dr. Markus Gehrlein**, Richter am BGH, Karlsruhe; **RA Dr. Nils Krause**, Hamburg; **RA Dr. K. Jan Schiffer**, Bonn; **RA Prof. Dr. Friedrich Graf von Westphalen**, Köln